scher Verständigung, für welche Locarno eine neue Etappe bedeutet, aber ebenso sehnt sich die große Masse des deutschen Volkes und vor allem die deutsche Wirtschaft nach Ruhe in der inneren Entwicklung, für welche Neuwahlen im gegenwärtigen Augenblick einen katastrophalen Rückschlag bedeuten müßten. Der Reichskanzler hat sich bisher als ein Mann von klarer politischer Erkenntnis und von planvollem Handeln erwiesen; möge die gegenwärtige Krisis in ihm ihren Meister finden.

Parteierklärung der Deutschnationalen.

Berlin, 29. Okt. Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei gibt eine Erklärung aus, in der sie ihre gegenwärtige Haltung zu den Locarnoverträgen erläutert. Es heißt in ihr u. a.: Die Verhandlungen über den Sicherheitspakt sind durch das Memorandum vom 9. Februar ohne Wissen der Deutschnationalen eingeleitet worden. Sobald wir von diesem Schritt Kenntnis erhielten, haben wir Einspruch erhoben. Wir haben uns an den weiteren Verhandlungen beteiligt, um zu verhindern, daß Deutschland unter Bedingungen, die sein Lebensinteresse nicht wahren, in Völkerbund und Sicherheitspakt verstrickt werde. Wir haben von der Regierung und von den Regierungsparteien die Festlegung von Richtlinien erreicht, die auch unserer Auffassung entsprechen und von deren Innehaltung unsere schließliche Annahme der Verträge abhängig sein sollte. **Das Werk von Locarno hat uns bitter enttäuscht.** Die deutschen Richtlinien sind nicht erfüllt. Der Widerruf der Schuldlüge ist nicht zu voller Auswirkung gebracht. Ein Verzicht auf deutsches Land und Volk ist im Sicherheitspakt weder durch einen klaren eindeutigen Wortlaut noch durch ein wirksames Kündigungsrecht ausgeschlossen. Die deutsche Handlungsfreiheit zwischen West und Ost ist gegen die Gefahren des Artikels 16 des Völkerbundspaktes nicht klar und bindend gesichert. Wahre Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit auf dem Gebiet des Heereswesens ist nicht erreicht. Garantie und Schiedsverträge bringen Deutschland neue Fesseln. Von den unerläßlichsten Gegenleistungen vor Eintritt in entscheidende Verhandlungen ist keine Rede mehr. Für die besetzten Gebiete sind nur sogenannte Rückwirkungen in Aussicht gestellt, aber nicht gesichert. Die Abkürzung der Fristen für die Räumung von Rhein und Saar ist nicht zur festen Bedingung des Abschlusses gemacht. Die deutschen Delegierten haben das Werk von Locarno in unerwarteter Ueberstürzung gegen die getroffenen Abmachungen und gegen unseren Einspruch paraphiert. So mußten wir uns überzeugen, daß wir durch Verbleiben in der Regierung unsere Ziele nicht mehr erreichen, sondern uns nur noch dem Scheine aussetzen könnten, als ob auch wir diese Ziele aufgegeben hätten. Darum haben wir unseren Einfluß als Regierungspartei geopfert, um dem In- und Ausland volle Klarheit über den Ernst der Lage zu geben und in voller Handlungsfreiheit einzustehen für unser unverrückbares Ziel: Die Freiheit des Vaterlandes.

Kein Einschreiten des Oberreichsanwaltes gegen Sixt v. Armin.

Berlin, 30. Okt. Dem „Vorwärts“ zufolge erklärte der Oberreichsanwalt Ebermeyer, daß er gegen den General der Infanterie a. D. Sixt v. Armin nicht einschreiten werde, da der Tatbestand des versuchten Hochverrates nicht gegeben sei und auch sonst kein strafbares Vergehen vorliege.

Die Griechen räumen.

Neuer Zwischenfall.

Sofia, 28. Okt. Heute nachmittag fand eine Zusammenkunft zwischen einem bulgarischen Offizier und den Militärattachees Englands, Frankreichs und Italiens statt. Es wurde ein Protokoll unterzeichnet, in dem die bulgarische Heeresleitung aufgefordert wird, die Feindseligkeiten einzustellen. Ein Sonderausschuß wird sich am 29. Oktober nach 1 Uhr nachmittags an Ort und Stelle begeben, um die von den griechischen Truppen angerichteten Schäden festzustellen. Die bulgarischen Truppen werden das Gebiet am 30. Oktober nach 1 Uhr nachmittags wieder besetzen. Der obenerwähnte Termin wurde auf Wunsch Bulgariens festgesetzt, um die Arbeit des Untersuchungsausschusses zu erleichtern.

Athen, 28. Okt. Nach hierher gelangten sicheren Nachrichten hat das Zentralkomitee der revolutionären mazedonischen Organisation in Sofia seinen sämtlichen Sektionen Weisung gegeben, Banden zu bilden und diese in Südbulgarien zusammenzuziehen, um sie gegen die griechischen Truppen zu verwenden. Die Banden sollen bereits in der Gegend von Petritsch zusammengezogen sein. Man befürchtet, daß die mazedonischen Komitees etwas gegen die Griechen unternehmen, ohne sich nach den Beschlüssen der offiziellen bulgarischen Regierung zu richten.

Paris, 29. Okt. Der Völkerbundsrat hat in seiner heutigen Sitzung zum Vorsitzenden der Untersuchungskommission zur Prüfung der Verantwortlichkeit in dem griechisch-bulgarischen Zwischenfall den englischen Botschafter in Madrid, Sir Horace Rumbold, bestimmt. Die Kommission wird ferner die Unterlagen zu liefern haben, um später die Entschädigungen und Reparationen festsetzen zu können. Sie wird bis Ende November einen Bericht ausarbeiten, den der Völkerbundsrat in seiner Dezembersession prüfen wird. Die Kommission soll auch über die Mittel Vorschläge machen, die sie für geeignet hält, um derartige Zwischenfälle einzuschränken oder ganz zu verhüten. Die Kommission wird sich nicht nur an Ort und Stelle, sondern auch nach Sofia und Athen begeben, um dort Erhebungen anzustellen.

Wien, 29. Okt. Nach einem Telegramm aus Athen sollen bulgarische Komitatschis in der Nacht vom 27. zum 28. Oktober die griechischen Truppen zwischen Petritsch und Rama angegriffen haben. Das Gefecht soll mehrere Stunden gedauert haben. Der Generalstabschef hat deshalb den Kommandierenden der griechischen Grenztruppen angewiesen, den Rückmarsch gegen die Grenze zu verlangsamen. Die Regierung Pangalos gibt bekannt, daß dieser neue Angriff es Griechenland erschwere, die vom Völkerbund gesetzte Räumungsfrist von 60 Stunden einzuhalten. Die Regierung hat dem Vorsitzenden des Völkerbundsrates Briand von diesem neuen Angriff telegraphisch in Kenntnis gesetzt.

Marokkokriegsbericht.

Paris, 29. Okt. Havas berichtet aus Madrid: Ein Wasserflugzeug hat im Laufe eines Aufklärungsfluges westlich der Insel Iris ein Rebellenschiff bombardiert. Elf Personen der Besatzung sollen getötet oder verwundet worden sein.

Havas berichtet aus Madrid, daß die spanische Regierung, wie die dortigen Blätter mitteilen, sich damit beschäftigen werde, ein spanisch-französisches Büro einzurichten, daß sich mit den die Ueberwachung der Marokkoküste betreffenden Fragen, wie sie im spanisch-französischen Abkommen enthalten sind, beschäftigen werde.

1200 Tote bei der Beschießung von Damaskus.

London, 29. Okt. Die „Times“ berichtet aus Haifa: Die Banditen, wahrscheinlich unterstützt von einigen Abteilungen der Drusen, haben die Regierungsgebäude von Duma, 17 Meilen nordöstlich von Damaskus verbrannt. Damaskus ist jetzt außerordentlich ruhig, jedoch herrscht tiefer Groll über die mutwilligen Zerstörungen von Leben und Eigentum. Ein französischer Dampfer ist auf der Reede von Beirut verbrannt. In Damaskus wurden acht Banditen hingerichtet. In den folgenden Tagen sollen weitere Hinrichtungen stattfinden. Alle Personen, die den Aufständischen Unterkunft gewähren, werden mit Verbrennung ihrer Häuser und Beschlagnahme ihres Eigentums bedroht. Die Verluste unter der Bevölkerung infolge der französischen Beschießung werden auf 1200, wenn nicht höher, geschätzt.

•

Der „Evening Standard“ berichtet, im Foreign Office liege keine offizielle Mitteilung vor, daß britische Untertanen zu Schaden gekommen seien. Die Konsularvertreter in Damaskus unter Führung des britischen Vertreters zeichneten gegenwärtig das Inventar auf, um an Frankreich als Mandatarmacht Schadenersatzforderungen stellen zu können.

Die Lage in China.

Peking, 29. Okt. In der Provinz Honan herrschen infolge der Anwesenheit zahlreicher noch nicht entlohnter schlecht ausgerüsteter und disziplinloser Mannschaften bedenkliche Zustände. Die Bevölkerung hat unter den Requisitionen und Plünderungen der Truppen, die zur Aufrechterhaltung ihrer Macht rücksichtslos vorgehen, schwer zu leiden. Auf den Bahnhöfen in Kaifeng und Tschengtschau sind eine Anzahl Köpfe von Enthaupteten aufgehängt worden. Man befürchtet, daß der Tupan von Honan durch die Umstände gezwungen sein wird, sich dem Bürgerkrieg anzuschließen. Jedoch sind einige der ihm untergebenen Generale für den Anschluß an Wupeifu. Es wird demnach als möglich betrachtet, daß ein Staatsstreich erfolgt, dem ein Kampf innerhalb der Provinz und später kriegerische Unternehmungen gegen die Nachbarprovinzen folgen werden.

Marschall Wupeifu über die Beziehungen zwischen China und der Sowjet-Union.

Moskau, 29. Okt. Die hiesigen Blätter veröffentlichen eine eingehende Unterredung des Korrespondenten der Sowjet-Telegraphen-Agentur in Hankau mit Marschall Wupeifu. Dieser erklärte, seine gegenwärtige militärische Aktion sei ausschließlich gegen Tschangtsolin gerichtet. General Feng ebenso wie der Kommandierende der zweiten Volksarmee Jowestsin hätten bisher keine Konflikte mit ihm gehabt, sondern gehörten zu seinen Mitarbeitern. Zur gegenwärtig tagenden Zollkonferenz erklärte Wupeifu, daß diese nichtig sei, solange keine wirklich chinesische Nationalregierung bestehe. Der Marschall trat für die Forderung der Abschaffung der ungleichen Verträge ein, was jedoch erst nach Bildung einer Zentralregierung möglich sei. Die gegenwärtige Regierungsform der Sowjetunion sei die bestmögliche für ihre Völker, jedoch seien die sozialen Voraussetzungen in China wesentlich anders als diejenigen der Sowjetunion. Wupeifu gab schließlich seiner Hoffnung auf Erstarkung der Freundschaft zwischen China und der Sowjetunion Ausdruck und erklärte, beide Länder müßten gemeinsam für eine bessere Zukunft Asiens arbeiten.

Der sächsische Finanzausgleich.

Die Geschäftsstelle des Sächsischen Gemeindetages teilt uns folgendes mit:

„Die Notverordnung über den neuen sächsischen Landesfinanzausgleich vom 27. Oktober 1925 ist soeben im Sächsischen Gesetzblatt Nr. 80 erschienen. Sie trägt leider den vom Sächsischen Gemeindetag in Zittau ausgesprochenen Wünschen nur in geringem Umfange Rechnung. Diese geringen Zugeständnisse erstrecken sich auf zwei Punkte:

Die Erhöhung des Staatsanteils an der Einkommen- und Körperschaftssteuer von 45 auf 47 Prozent — zu Lasten des Ausgleichsstocks der Gemeinden — ist nicht, wie ursprünglich geplant, vom 1. April 1925 vorgesehen, sondern erst auf die Zeit vom 1. Oktober 1925 ab.

Weiter ist über die Begrenzung der Bezirksumlage eine Vorschrift vorgesehen, wonach der Umlagebeschluß der Genehmigung des Kreisausschusses bedarf, wenn und soweit die Bezirksumlage 50 Prozent des Gesamtbedarfes des Bezirksverbandes überschreitet.“

Aus Stadt und Land.

Aue, den 30. Oktober 1925.

Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg am 28. Oktober 1925

Vorsitzender: Amtshauptmann Dr. v. Schwartz.

Die Sitzung begann mit einer öffentlich-mündlichen Verhandlung über ein Gesuch um Erlaubnis zum Umbau einer Wasserkraftanlage in der Mulde in Schönheiderhammer. Der erhobene Widerspruch wurde kostenpflichtig zurückgewiesen und die Anlage bedingungsweise genehmigt. — Ein Turbineneinbau für eine Wasserkraftanlage in Antonsthal wurde gleichfalls bedingungsweise genehmigt. — Die Amtshauptmannschaft hat zufolge allgemeiner Ermächtigung des Bezirksausschusses einige Gemeindeverfassungsnachträge und Darlehnsaufnahmen genehmigt. Der Bezirksausschuß nimmt davon zustimmend Kenntnis. — Die Bürgermeisterwahl in Dittersdorf wurde nicht beanstandet. Der von der Amtshauptmannschaft vorsorglich erklärten Beanstandung einer anderen Bürgermeisterwahl wurde zugestimmt. — Weiter hatte sich der Bezirksausschuß mit einigen seitens verschiedener Gemeinden beabsichtigten Darlehnsaufnahmen zu befassen. Die Zustimmung hierzu wurde in Anbetracht der geldwirtschaftlichen Verhältnisse der Gemeinden teilweise versagt, teilweise bedingungsweise erteilt. — Die in den meisten Gemeinden vorherrschende Geldknappheit erfordert strenge Innehaltung des Haushaltplanes sowie Zurückhaltung in der Durchführung neuer Aufgaben bezw. eingehende Prüfung darüber, ob die Finanzierung neuer Aufgaben sichergestellt ist. Der Bezirksausschuß stimmte daher dem Vorschlage der Amtshauptmannschaft bei, entsprechende Anordnungen an die Gemeinden zu erlassen. — Eine Aufsichtsbeschwerde aus Sosa wurde als unbegründet zurückgewiesen. — Eine Wegeeinziehung in Raschau wurde genehmigt. — Bei dem Bezirksverband gehen noch laufend Gesuche um Bewilligung von Darlehen zu Wohnhausbauten ein. Sie konnten mangels verfügbarer Mittel nicht berücksichtigt werden. — Die von einer Anzahl Gemeinden eingereichten Gesuche um Erlaß der Verzugszuschläge bei nicht rechtzeitiger Abführung der Bezirksumlage wurden abgelehnt. — Ein Gesuch um nachträgliche Bewilligung einer Wegebaubeihilfe wurde ebenfalls abgelehnt. — Gewählt wurden die Sachverständigen für Enteignungen auf das Jahr 1926 sowie die Beisitzer für den Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises Johanngeorgenstadt und Umg. — Ferner wurde festgestellt, daß an Stelle des von dem Bezirkstage ausgeschiedenen Fabrikbesitzers Nier in Beierfeld der Fleischbeschauer Emil Leichsenring in Bockau in den Bezirkstag zu berufen ist. — Von 10 Schankkonzessionsgesuchen wurden 7 abgelehnt und 3 genehmigt.

Weltspartag!

Der große Krieg hat so vieles zerstört. Nicht nur bei uns, bei allen Völkern. Insbesondere hat er dem Sinn für sparsames Wirtschaften vernichtet. Bei der Jugend natürlich, auch in so vielen Familien, selbst in Gemeinden und Verwaltungen. Daher der ernste Ruf aller Freunde des Volkes: Zurück zur bescheidenen Lebensführung der Alten. Ihre Anspruchslosigkeit muß uns wieder Muster und Vorbild werden. Weil es so sparsam lebte, hat unser Volk sich in zwei Jahrzehnten hohen Wohlstand gesichert.

Der hohe Grad unserer Armut zwingt uns zu Einschränkungen, zum Verzicht auf Entbehrliches. Das will gelernt sein, kostet Ueberwindung. Doch ist einmal der Versuch gemacht, erfreut der Erfolg. Durch gewissenhaftes Wirtschaften mit Geld, durch Rechenschaft über jeden ausgegebenen Pfennig bleibt etwas übrig, auch selbst in dürftigen Verhältnissen. Versucht es nur einmal! Bei richtigem Ueberlegen kann höchstens gespart werden in der Kleidung, auch in der Wohnung, sicher in Vergnügung, auf alle Fälle aber in so manchen Genüssen: Tabakläden, Likörstuben, Nasch- und Putzgeschäfte haben sich gegen die Friedenszeit nicht selten verdreifacht bis verfünffacht. Manche dieser Geschäfte gehen glänzend trotz der Volksarmut, trotz der Entbehrungen vielleicht in den Allernotwendigsten. Es ergeht daher an alle, die es mit unserem Volke gut meinen, der eindringliche Ruf, durch das eigene gute Beispiel und durch unablässige Mahnung der echt deutschen Einfachheit und Sparsamkeit zum Siege zu verhelfen.

Elternhaus und Schule, Presse und Behörde müssen bei diesem Kampf um die Seele unsers Volkes helfen, jeder muß seine heiligste Pflicht gegenüber der Volksgesamtheit bis aufs letzte erfüllen. Denke jeder daran, daß es für den einzelnen wie für das ganze Volk keinen anderen Weg zu Wohlstand und Freiheit gibt als Arbeit und Sparsamkeit.

Sparen ist deine Mitarbeit am Wiederbau Deutschlands.

Rehwild darf in Sachsen nicht auf Treibjagden geschossen werden. Das sächsische Wirtschaftsministerium verordnet unter dem 27. Oktober mit sofortiger Gültigkeit auf Grund von § 5 Abs. 2 des Jagdgesetzes folgendes: 1. Das Einlappen von Jagdbezirken oder von Teilen von Jagdbezirken ist nur mit Genehmigung der Jagdaufsichtsbehörde gestattet. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn Gewähr dafür geboten ist, daß das Einlappen nicht zum Zweck eines den Wildbestand im wirtschaftlichen Maße schwächenden Abschusses beabsichtigt wird. 2. Für das Jagdjahr 1925/26 ist der Abschuß von Rehwild auf Treibjagden verboten. Die Aufsichtsbehörden sind ermächtigt, von dieser Vorschrift Ausnahmen zu bewilligen, soweit diese notwendig sind, um den Rehbestand in einem Jagdbezirke in angemessenen Grenzen zu halten und sonstige Bedenken nicht entgegenstehen.

Lichtbildgottesdienst. Am Donnerstag, den 5. November abends 8 Uhr findet in der Nicolaikirche ein Lichtbildgottesdienst „Ein feste Burg“ in vier Teilen mit 16 Federzeichnungen von Friedrich Preuß-Leipzig statt. Rezitation: Schriftsteller E. Köhler-Haussen, Dresden. Sologesang: Frau Konzert- und Oratoriensängerin Lotte Perthel-Altenburg. Orgelbegleitung: Kunstmaler Friedr. Preuß-Leipzig. Nach einem kurzen Vorspiel auf der Orgel beginnt der erste Teil mit Vorlesung des Davidpsalms aus dem zweiten Buche Samuelis. „Er streckte seine Hand aus — und errettete mich von meinen starken Feinden.“ Ein gewappneter Ritter erscheint auf der Zinne der Burg. Aber der alt böse Feind, das Apokalyptische Tier, das selbst vorm Gotteshaus nicht halt macht, ist mächtig und die bedrohte Seele klagt: Liebster Herr Jesu, wo weilst